

Bundesarbeitsgemeinschaft für Soziales, Arbeitsmarkt und Gesundheit

SprecherInnen

Bärbl Mielich

Ferdinandstr.38
53127 Bonn
Tel.: 07664-60419
FAX.:07664-600317
E-Mail: b.mielich@t-online.de

Willi Kulke

Schloßhofstr.1
33615 Bielefeld
Tel.:0521-130979

Bündnis90/Die Grünen
Viktoriastr.41
33602 Bielefeld
Tel.:0521-121587
Fax: 0521-1365396
E-Mail: wkulke@geschichte.
uni-bielefeld.de

Germanus Hungeling

Ellerstr.30
33615 Bielefeld
Tel.:0521-122119

Universität Bielefeld
Fakultät für Gesund-
heitswissenschaften
Tel.: 0521-1064816
Fax.: 0521-1066044
E-mail: germanus@
hrz.unibielefeld.de

Bielefeld, den 22.2.1999

Liebe Freundinnen und Freunde,

hier die Einladung zur BAG-Sitzung am 7.-8.5.1999 in Hannover

7.5.1999 18.00-22.00 Uhr Fachbereich Gesundheit

im Werkhof, Schaufelderstr.11 (siehe beiliegenden Plan)

Tagesordnung:

Gesundheit Freitag 18.00 bis 22.00 Uhr

- TOP 1 Begrüßung/Berichte
- TOP 2 Wahl der Sprecherin/des Sprechers für den Bereich Gesundheit
- TOP 3 Berichte aus den Arbeitsgruppen
- TOP 4 Stellungnahme der BAG zum Eckpunktepapier/Gesundheitsreform 2000
- TOP 5 Verschiedenes

8.5.1999 9.30-16.00 Uhr Fachbereich Arbeit/Soziales

im Freizeitheim Lister Turm, Walderseestr.100 (siehe beiliegenden Plan)

Tagesordnung:

1. Bericht Bundestagsfraktion, Bericht Europafraktion, Bericht BuVo
2. Bericht Bündnis für Arbeit (Hier auch Diskussion Jugendarbeitslosigkeitsprogramm)
3. Debatte Diskussionspapier der Fraktion zu „Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt“
4. Beschlußfassung Papier „Kombilohn“
5. Start der Diskussion zum Thema Rente

Ich bitte euch erneut, wenn ihr im Hotel Locummer Hof übernachten wollt, dies mir möglichst bald per Telefon oder Fax mitzuteilen, da ich wieder ein verbilligtes Kontingent bestellt habe!

Ansonsten viele Grüße bis zum 7. bzw. 8.5.1999

i.A.

(Willi Kulke)

Anlagen:

1. Wegbeschreibungen
2. Bericht Fachbereich Gesundheit Germanus Hungeling
3. In der Debatte: Initiative der Fraktion zu Investitionen, Arbeit und Umwelt
4. Anmerkungen von Kerstin Müller zu diesem Papier
5. Anmerkungen der Fach Kommission Gewerkschaftspolitik
6. Kommentar KV Münster zu eben diesem Papier
7. Diskussionspapier Kombilohn AK I der Fraktion
8. Liste Arbeitsgruppen Gesundheitspolitik
9. Protokolle einzelner Arbeitsgruppen
10. Ergebnisprotokoll Bund-Länder-Kommission „Gesundheitsreform“ am 23.-24.3.99
11. BMG: „Warum wir die Strukturen der gesundheitlichen Versorgung ändern müssen“
12. Inhaltsverzeichnis: Andrea Fischer: Gesundheitspolitischer Rundbrief 3/1999
13. Michels/Stöver: Diskussionspapier: ärztlich verordnete Originalstoffvergabe

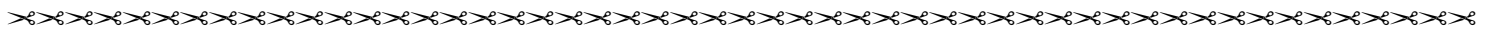
Wegbeschreibungen:

Zum Werkhof, Schaufelderstr.11: Vom Hbf mit den Linien 1,2,3,7 oder 9 eine Station bis zur Haltestelle Kröpke. Dort in die Linie 6 (Nordhafen) oder die Linie 11 (Haltenhoffstraße) umsteigen. Aussteigen Haltestelle Kopernikusstraße. Die Haltestelle liegt auf dem Engelbosteler Damm. Ihr geht dann links in die Hahnenstraße und sofort wieder rechts in die Schaufelderstraße. Der Werkhof liegt an der rechten Seite

Zum Freizeitheim Lister Turm, Walderseestr.100: Mit den U-Bahn-Linien 3 oder 7 an Hbf in Richtung Lahe bzw. Fasanenkrug zwei Stationen bis zum Lister Platz. Dort Richtung Potbielkistraße gehen. Nach ca. 50 Meter in die Waldersseestraße abbiegen.

Zum **Hotel Locummer Hof:** Kurt-Schumacher-Str.16, 30159 Hannover (Wegbeschreibung: Bahnhof Hannover, Ausgang Ernst-August-Platz, rechts aus dem Bahnhof ca 150 Meter, dann links der Straße folgen = Kurt-Schumacherstraße insgesamt ca. 400 Meter).

Tel.: 0511-1264-0 Fax: 0511-131192



Ich bitte darum, mir ein Zimmer im Locummer Hof vom 7.5. auf den 8.5.1999 zu reservieren

Name

Adresse

Tel.:

FAX:

An: Willi Kulke, FAX: 0521-1365396

Gesundheit Freitag 18.00 bis 22.00 Uhr

TOP 1 Begrüßung/Berichte

TOP 2 Wahl der Sprecherin/des Sprechers für den Bereich Gesundheit

TOP 3 Berichte aus den Arbeitsgruppen

TOP 4 Stellungnahme der BAG zum Eckpunktepapier/Gesundheitsreform 2000

TOP 5 Verschiedenes

Zwischenbericht zum Bereich Gesundheit:

Zwischenzeitlich haben die meisten der beim letzten Mal gebildeten Arbeitsgruppen (s. Anhang 1) ihre Arbeit aufgenommen, erste Resultate sind vorhanden und zeitnah an das Ministerium in Person von Ute Winkler weitergeleitet worden (s. Anhang 2a,b).

Auf Regierungsebene ist eine „Bund/Länder-Kommission“ gegründet worden, die den Gesetzgebungsprozeß vorbereitet (s. Anhang 3a). In dieser sind neben Ministerium und Fraktionen sechs A-Länder vertreten, ausdrücklich nicht die Parteien, also auch nicht die BAG. Ein erstes Protokoll bildet Anhang 3b. Trostpflaster für uns ist, daß Harald Wölter pro forma als nordrhein-westfälischer Vertreter an der Bund/Länder-Kommission teilnimmt und wir in den letzten Wochen versucht haben, ihn bei dieser Arbeit zu unterstützen ...

Nichtsdestotrotz hat die SPD bei einer solchen Zusammensetzung enorme strukturelle und fachliche Vorteile. Ob es klug war sich auf eine solche Verhandlungsposition einzulassen, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter kommentieren.

Das Ministerium hat eine Argumentationshilfe zum Eckpunktepapier erarbeitet, deren Kurzfassung findet Ihr als Anlage 4. Andrea Fischers Berliner Regionalbüro gibt übrigens einen Rundbrief heraus, wenn Ihr Interesse habt in den Verteiler zu kommen: siehe Anlage 5.

Dann möchten sich die DrogenpolitikerInnen am Rande der BAG zusammensetzen, wann genau steht noch nicht fest, dazu gibt es ein Papier von Ingo Michels und Heino Stöver (Anhang 6).

Ach ja, dann steht beim nächsten Mal die Wahl der Sprecherin bzw. des Sprechers für den BAG-Bereich Gesundheit an. Außer meiner eigenen (Wieder-) Kandidatur sind mir bislang keine weiteren bekannt, geht mal in Euch! (So schlimm ist der Job dann ja auch nicht ...)

Gruß

Germanus Hungeling

Stellungnahme der Fachkommission Gewerkschaftspolitik der bündnisgrünen Bundestagsfraktion

zum Papier "Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt" von Matthias Berninger, Thea Dückert und 7 weiteren bündnisgrünen MdB

Mit dem Papier "Initiative für Investitionen Arbeit und Umwelt" unternehmen Matthias Berninger, Thea Dückert und weitere bündnisgrüne Abgeordnete den bedenklichen Versuch, dem Druck der Lobbyisten der Wirtschaft auf die rot-grüne Koalition dadurch zu begegnen, daß man ihm weitgehend nachgibt.

Mit Ausnahme des Themas Ökosteuer ähnelt das Papier frappierend den Überlegungen des Hombach-Flügels innerhalb der SPD. Die bündnisgrüne Programmatik wird jedoch in weiten Teilen verlassen. Die Zukunft der Bündnisgrünen liegt nicht darin, die SPD beim Kurs auf die "neue Mitte" zu übertrumpfen. Gerade nach Lafontaines Rücktritt gilt es, das sozial-ökologische Profil der Bündnisgrünen zu schärfen und die Interessen breiter ArbeitnehmerInnen-Schichten und der Erwerbslosen offensiver zu vertreten.

Wir betrachten die übereilte Veröffentlichung des Papiers ohne jede Diskussion in der Partei als einen ungeeigneten Umgangsstil, um die notwendige Debatte über die weitere Orientierung der Bündnisgrünen nach der Hessenwahl einzuleiten. In der Presse ist der Eindruck entstanden, daß sich die Bündnisgrünen von wesentlichen Grundlagen ihrer bisherigen sozialökologischen Ausrichtung verabschieden.

Die Fachkommission "Gewerkschaftspolitik" bei der bündnisgrünen BT-Fraktion fordert, daß eine breite Diskussion in der Mitgliedschaft über die Perspektiven bündnisgrüner Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Koalition geführt wird, statt mit unausgegorenen Einzelpapieren in Öffentlichkeit imageschädigende Fakten zu schaffen.

Für uns als bündnisgrüne Gewerkschafterinnen sind dabei die Positionen des bündnisgrünen Wahlprogramms und die Aussagen des Koalitionsvertrages ein geeigneter Ausgangspunkt. Auf dieser Grundlage möchten wir erste Kritikpunkte an der generellen Linie des AutorInnenpapiers benennen:

1. Während in der Vorbemerkung noch eine Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik gefordert wird, fehlen nachfragewirksame Elemente im weiteren Papier völlig - mit Ausnahme der Kindergelderhöhung.
2. Während wir im Wahlprogramm besonders untere und mittlere Einkommen und KMU steuerlich entlasten wollten, orientiert das Papier nur noch auf die Senkung des Spitzensteuersatzes und eine generelle Entlastung der Unternehmer. Während wir im Wahlprogramm noch eine aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage eingefordert haben, wollen die VerfasserInnen des Papiers die Steuervermeidung der Großunternehmen sicherstellen, indem sie fordern: "Unternehmen deren Grenzsteuerbelastung gegenwärtig unter 35 % liegt, dürfen durch die rechtsformunabhängige Unternehmenssteuerreform nicht stärker belastet werden." Während die Grünen vor der Wahl für die Gleichbehandlung aller Einkunftsarten eintraten, sollen nach dem Papier jetzt die Unternehmensgewinne bis zu 20% niedriger besteuert werden als die Einkommen abhängig Beschäftigter. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der Vermögens- und Erbschaftssteuer wird erst gar nicht mehr erwähnt. Das Papier empfiehlt uns also, die gescheiterte Politik der

Umverteilung von Unten nach oben unter Helmut Kohl fortzusetzen. 16 Jahre ständiger Entlastung der Unternehmen und Vermögenden haben jedoch nicht zu mehr Investitionen und Arbeitsplätzen geführt, sondern zu einem Boom spekulativer Anlagen auf den Finanzmärkten und einem Ansteigen der Erwerbslosigkeit.

3. Völlig unklar bleibt, wie die begrüßenswerte Erhöhung des Kindergeldes nach dem BVG-Urteil angesichts dieser Steuersenkungspolitik im Interesse der Reichen gegenfinanziert werden soll. Die VerfasserInnen schlagen dafür unter anderem eine pauschale 10%ige Kürzung aller staatlichen Subventionen vor, bedenken offenbar aber nicht die unsozialen Folgen einer solchen Kürzung z.B. bei den Bundeszuschüssen zum Etat der Bundesanstalt für Arbeit oder zur Rentenversicherung usw.
4. Das Papier macht sich die Forderung der Regierung Kohl und der Arbeitgeberverbände zu eigen, einen Niedriglohnsektor zu schaffen und aktiv zu subventionieren. Die Zukunft für mehr Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik liegt jedoch nicht im Ausbau niedrigqualifizierter Mac-Jobs, sondern in der Förderung hochqualifizierter Dienstleistungen und in kreativen, ökologisch verträglichen Produkten. Geradezu peinlich ist die Forderung des Papiers, im High-Tech-Sektor als einem der bestverdienendsten Wirtschaftsbereiche die Scheinselbständigkeit zu zementieren.
5. Das Papier spricht sich in der Arbeitsmarktpolitik für "Arbeitspflicht"-Modelle ("Workfare") im Geiste von Tony Blairs "Sozialreformen" aus. Grundrechte der Erwerbslosen wie das Recht auf freie Berufswahl sollen offenbar für die VerliererInnen der Modernisierung außer Kraft gesetzt werden, Erwerbslose werden damit zu Bürgerinnen zweiter Klasse gestempelt. Wer aber eine perspektivlose oder dequalifizierende Maßnahme ablehnt, sollte damit noch lange nicht als "arbeitsunwillig" stigmatisiert werden. Das mittelalterliche "Arbeitshaus" kann nicht zum Modell für eine innovative rot-grüne Arbeitsmarktpolitik werden.
6. Auch in der Rentenreform greift das Papier- wieder auf Vorstellungen der Kohlregierung zurück. Absenkung des Rentenniveaus durch Einführung eines demographischen Faktors und Ausweitung der privaten Vorsorge und von Betriebsrentensystemen. Eine verstärkte Orientierung auf Betriebsrentensysteme verkennt, daß immer mehr Menschen unstete Erwerbsbiographien aufweisen und die meisten Betriebe ihre betrieblichen Rentensysteme bereits in den 80er Jahren geschlossen haben. Gerade für Menschen mit unsteten Erwerbsverläufen sind weder private Vorsorge noch Betriebsrentenansprüche zu realisieren. Sie sind deshalb auf eine starke, solidarische Rentenversicherung angewiesen. Der demographische Faktor würde genau jene Gruppe belasten, zu deren Gunsten die Rentenreform angeblich dienen soll, diejenigen, die in 20 bis 30 Jahren in Rente gehen, hätten deutlich geringere Renten zu erwarten. Die Stärkung der privaten Vorsorge hat in der Finanzkrise in Japan ihre Schwächen offenbart. Das Thema "solidarische .Rentenreform" ist zu ernst, um die abgehalfterten Vorschläge aus der Kohl-Ära zur Wiedervorlage zu bringen.

7. Das Papier plädiert für eine Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften nach niederländischem Beispiel und eine Verständigung über "mittelfristige Eckpunkte der Lohn- und Gehaltsentwicklung". Die erzwungene Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften in Deutschland hat in den vergangenen 16 Jahren jedoch keineswegs zu einem Beschäftigungszuwachs geführt. Staatliche Lohnleitlinien sind mit den Prinzipien der Tarifautonomie nicht vereinbar. Wir unterstützen die Haltung der Gewerkschaften, daß Fragen der Lohn- und Tarifpolitik nicht Gegenstand der Verhandlungen im Bündnis für Arbeit sein können. Es ist für uns als bündnisgrüne GewerkschafterInnen beschämend, daß Teile der Bundestagsfraktion offenbar das Prinzip der Tarifautonomie als eine der Grundlagen unserer Demokratie in Frage zu stellen beginnen.

8. Wie undurchdacht Teile des Papiers sind, zeigt die Forderung danach, betriebliche Investitionen zur Energieeinsparung steuermindernd zu berücksichtigen. Diese Investitionen können auch heute schon als Betriebsausgaben steuerlich abgesetzt werden Gerade das produzierende Gewerbe wurde durch die erste Stufe der "Ökosteuer" ohnehin kaum belastet,

Wir halten den Vorstoß der genannten Bundestagsabgeordneten aus diesen Gründen für keine geeignete Grundlage, die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Partei und Fraktion weiterzuentwickeln. Wir fordern die Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen auf, sich diese Vorlage nicht zu eigen zu machen. Wir fordern statt dessen eine breite, offene Debatte in gesamten Partei um unser künftiges sozial- und wirtschaftspolitisches Profil.

Bonn, den 19.3.1999

Im Auftrag der Fachkommission "Gewerkschaftspolitik"

Frank Schmidt

Antrag für die BDK am 13.5.99 in Bielefeld

Die NATO-Luftangriffe sofort und endgültig beenden!

Wir verurteilen entschieden den brutalen ethnischen Vertreibungskrieg, den jugoslawische Truppen und Paramilitärs gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo führen. Menschenrechtsverletzungen sind keine „innere Angelegenheit“ eines Staates, sondern wir alle müssen ihnen, gleich wo sie stattfinden, mit Entschiedenheit entgegenreten und zu ihrer Bekämpfung alle zivilen Mittel einsetzen, die der internationalen Völkergemeinschaft zur Verfügung stehen bzw. von ihr entwickelt werden müssen. Gleichzeitig gilt es, die Ansätze demokratischer Kultur und Gegenmobilisierung im Lande zu stärken, mit gezielten Anreizen auch ökonomischer Natur auf eine Veränderung der Politik hinzuwirken.

Dies erscheint uns allen bitter wenig, obwohl es schon weit über die jetzige Politik z.B. gegenüber der Türkei in Bezug auf ihre Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan hinausgeht.

Die Wirkung ist viel zu langsam angesichts politischer Verbrechen, Mord und Vergewaltigung, Geiselnahme der Zivilbevölkerung und ethnischer Vertreibung. Aber gibt es dazu wirklich eine Alternative? Die Gleichung, die militärische Mittel mit „druckvoller Konfliktlösung“ und die Ablehnung von Militärintervention mit „hilfloser Ohnmacht“ gleichsetzt, geht in der Realität nicht auf: Zum einen legen diejenigen, die Militärinterventionen ablehnen, nicht die Hände in den Schoß, zum anderen zeigt sich gerade an dem Militäreinsatz gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, wie ohnmächtig militärische Mittel gegen Menschenrechtsverletzungen sind. Viele in den Grünen waren von Beginn des NATO-Einsatzes an dieser Auffassung, während andere anfangs glaubten, mit Bombardements von kurzer Dauer Milosevic zum Einlenken bringen zu können.

Die Bilanz nach sechs Wochen Bombenkrieg ist hingegen mehr als ernüchternd:

- Die zivilen Opfer der Luftangriffe werden immer zahlreicher und die ökologischen und materiellen Schäden haben ungeheure Ausmaße angenommen. Die Grundlagen für ein ziviles multiethnisches Zusammenleben in der Zukunft werden täglich schwieriger.
- Die humanitäre Katastrophe konnte nicht verhindert werden. Der serbische Vertreibungsterror gegen die Kosovo-Albanische Bevölkerung nahm unvorstellbare Ausmaße an.
- Innenpolitisch wurde Milosevic eher gestärkt.
- Montenegro, Mazedonien und Albanien sind tiefgreifend destabilisiert worden.
- Die Beziehungen zu Rußland befinden sich nach wie vor in der Krise.
- Das völkerrechtliche Legitimationsdefizit der Luftangriffe droht dauerhaft das System internationaler Organisationen und die völkerrechtliche Ordnung zu gefährden. Die UNO und OSZE werden durch die von uns abgelehnte Selbstmandatierung der NATO weiter politisch marginalisiert.

Gerade in den letzten Tagen ist noch einmal tragisch deutlich geworden, daß die Bombardierungen den Flüchtlingen aus dem Kosovo, und vor allem denen, die sich noch im Kosovo befinden, nicht helfen. Wir sehen darum mit großer Sorge die Zuspitzung der humanitären Situation in den Flüchtlingslagern der Region und besonders der Flüchtlinge im Kosovo. Ihre Versorgung ist absolut vordringlich. Auch um Versorgungsflüge durchführen zu können, internationalen Hilfsorganisationen und UN-Kommissaren den Zugang zu ermöglichen, müssen die Bombardierungen beendet werden.

Die Luftangriffe treffen in der ganzen Bundesrepublik Jugoslawien die Zivilbevölkerung. Sie zerstören die wirtschaftlichen und ökologischen Lebensgrundlagen in der gesamten Region auf lange Zeit. Besonders zynisch ist die Verwendung von Splitterbomben. Der Einsatz von Waffen mit angereichertem Uran verursacht langfristig unabsehbare Krebsleiden und genetische Schäden.

Ebenso ist deutlich geworden, daß es nicht möglich ist, gleichzeitig erfolversprechende diplomatische Wege aufzuzeigen und die Luftangriffe fortzusetzen. Wie diametral die Bombardierung einer Verhandlungslösung entgegensteht, wird deutlich, wenn versehentlich die chinesische Botschaft in Belgrad von einer NATO-Bombe getroffen wird, während gleichzeitig auf diplomatischer Ebene die Bemühungen um Chinas Zustimmung für ein UN-Mandat für die internationale Überwachung eines Waffenstillstandes verstärkt werden sollten.

Die NATO muß die Bombardierungen sofort und endgültig einstellen. Es geht um den Ausstieg aus der militärischen Eskalationsspirale, nicht um eine Unterbrechung. Eine Feuerpause reicht nicht aus, weil die NATO sich damit erneut unter einen selbstgewählten Zugzwang setzt. Wenn nach der kurzen Frist von 24 oder 48 Stunden nicht alle ihre Forderungen erfüllt sind, ist der Einstieg in die nächst Eskalationsstufe vorprogrammiert.

Wir fordern die sofortige und endgültige Beendigung der Bombardierungen und die Aufnahme von Verhandlungen mit Hilfe einer neutralen Vermittlung. Die Bedingungen für einen sofortigen Waffenstillstand sind von den Bedingungen eines Friedensvertrages zu trennen. NATO-Bodentruppen lehnen wir ab.

Wir fordern die sofortige Aufnahme von Versorgungslieferungen aus der Luft für die Flüchtlinge im Kosovo und den uneingeschränkten Zugang des UNHCR und des Internationalen Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen für Hilfsleistungen im Kosovo.

Wir sprechen uns - nach einer entsprechend Vereinbarung mit Zustimmung der Konfliktparteien - für eine Überwachung des Waffenstillstands durch internationale Truppen mit einem Mandat der Vereinten Nationen bzw. der OSZE aus. Die tragende Rolle müssen dabei Staaten übernehmen, die nicht direkt am Krieg beteiligt waren.

Wir fordern die Aufnahme von Verhandlungen über die Umsetzung der G-8 Vereinbarung, der Initiativen von Außenminister Fischer, der ukrainischen und russischen Regierung und des UN-Generalsekretärs Kofi Annan für eine dauerhafte Friedensregelung, die eine sichere Rückkehr der Vertriebenen ermöglicht.

Bis zu einem Ergebnis der Verhandlungen fordern wir die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen und politischen Drucks auf die jugoslawische Regierung durch Sanktionen oder andere geeignete zivile Maßnahmen.

Wir begrüßen die Bemühungen der Bundesregierung um eine Balkankonferenz und einen Stabilitätspakt für Südosteuropa als Beginn eines umfassenden ökonomischen und politischen Wiederaufbauprogramms für die ganze Region, das sich insbesondere auch der wirtschaftlichen und ökologischen Kriegsschäden annehmen muß.

UnterzeichnerInnen:

Annelie Buntenbach (KV Bielefeld)

Christian Simmert (KV Warendorf)

Reiner Schiller-Dickhut (KV Bielefeld)

Willi Kulke (KV Bielefeld)